Aktionsgemeinschaft
Agrarwende Newsletter
Nordhessen e.V.

Nr. 12 / Dezember 2023

6. Jahrgang

Leguminosen: Echte Alternativen

Dass proteinhaltige Lebensmittel Fleisch ersetzen können, ist längst bewiesen. In Asien ist Dal (Linsen) für Millionen von Menschen ein Hauptnahrungsmittel und deckt deren wesentlichen Bedarf an Eiweiß. Auch weltweit sind Hülsenfrüchte wie Erbsen, Linsen, Kichererbsen, Bohnen oder auch Lupinen ein wichtiger Bestandteil der menschlichen Ernährung.

Ganz sicher aber braucht es keine künstlichen Proteingaben, wie sie von der Industrie in Fertignahrungsmitteln zugesetzt werden, um diese dann überteuert zu verkaufen. Die Bundesregierung hat nun ein Programm aufgelegt und will die pflanzlichen Alternativen mit zunächst 38 Mio. Euro fördern.

Die grüne Bundestagsabgeordnete Dr. Zoe Mayer erläuterte bei der Bekanntgabe des Programms, dass die Bundesregierung damit die Bedeutung der pflanzlichen Ernährung unterstreiche und die Umstellung auf ein nachhaltiges Ernährungssystem fördere.

Tierschützer kritisieren allerdings die zigfach höheren finanziellen Mittel für den Umbau der Tierhaltung, der in ihren Augen oft Augenwischerei ist, da die Haltungsnormen insgesamt viel zu niedrig angesetzt seien.

Mehr dazu auf unserer Webseite

Schlimmer geht immer

Liebe Leserin, lieber Leser,

schon im letzten Editorial habe ich das Problem der Verdrängung angesprochen, das Ignorieren der Klimakrise und das Kleinreden realer Gefahren. Und der Verdrängungswettbewerb geht weiter.

Leider lässt sich feststellen: Das kontinuierliche Polemisieren und Stänkern der Rechtsaußen-Populisten, vom Wetzlarer ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer bis zu seinen Gesinnungs- und Parteigenossen in der Landtagsfraktion, hat gewirkt. Als eine der ersten Amtshandlungen will die neue hessische GroKo das Gendern in Amtsblättern, Schulen und an Universitäten verbieten.

Abgesehen davon, dass das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, dass das Personenstandsrecht geändert werden muss und damit formaljuristisch festgelegt hat, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt, ist das Schema immer gleich. Das Rad der gesellschaftlichen Entwicklungen, man könnte auch sagen das der gesellschaftlichen Realität, soll zurückgedreht werden. Und damit sollen einfach alle gegenwärtigen und zukünftigen Probleme verschwinden. Wen interessiert da schon Gentechnik?

Schnitzelessen wird zum Kulturkampf erklärt, das „grüne Bio-Gequatsche“ soll verstummen und endlich wieder „normal“ geheizt werden. Im Haus und auf der Autobahn.

Es ist hart. Aber was hilft es. Wir wollen weiterhin informieren und protestieren. In ein paar Jahren können wir hoffentlich sagen: Unsere Hartnäckigkeit hat sich gelohnt.
Kommen Sie gut durch die Vorweihnachtszeit.

Andreas Grede
Vorstand und Sprecher der AGA Nordhessen

Aktionsgemeinschaft Agrarwende Nordhessen e.V.
Newsletter

Nr. 12 / Dezember 2023

Vortrag und Diskussion bei der Upländer Bauernmolkerei

Die Vorschläge der EU zur neuen Gentechnik gefährden die Zukunft der Bio-Branche! Das Vertrauen in Lebensmittel wird erheblich geschwächt. Die Upländer Bauernmolkerei informierte aus erster Hand und hatte eine Expertin aus Brüssel eingeladen, die zur geplanten Deregulierung der Gentechnik referierte. Nicht nur die Industrielobby ist aktiv, auch die Rechten und Konservativen im EU-Parlament torpedieren den Widerstand, weil er aus der grünen Ecke kommt. Mehr zu den Hintergründen in unserem Beitrag.

Was macht Fridays for Future?

„Persona non Greta“ titelte die taz und brachte damit ziemlich genau auf den Punkt, dass sich die Ikone der Klimabewegung mit ihren Bemerkungen zum Nahost-Krieg ziemlich in die Nesseln gesetzt hat. Immerhin hat sich Luise Neubauer für die deutsche Sektion von FFF schnell distanziert. Wer solche Netzwerke – auch in anderen Zusammenhängen – kennt, weiß, was da alles schief gehen kann. Gute Gründe für unsere weitere Zusammenarbeit mit FFF in einem Meinungsbeitrag auf unserer Webseite.

Gut besuchte Witzenhäuser Konferenz

Vor allem um die Gründung von Betrieben und Projekten ging es bei der Witzenhäuser Konferenz, die dieses Jahr ihr 30-jähriges Jubiläum feierte. Dazu gab es Vorträge und Workshops rund um den Agrarsektor und zu den Themen Motivation und Handlungsoptionen, aber auch spezielle Angebote sowie wirtschaftliche und rechtliche Aspekte. Die AGA war mit einem Infotisch am Freitag dabei.

Protestaktion „Keine neue Gentechnik“

Die Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit (IG Saatgut) ruft auf zu einer E-Mail-Protestaktion an EU-ParlamentarierInnen.
Je mehr mitmachen, umso stärker die Wirkung!

Jetzt vormerken!

Am 20.1.2024 fahren wir wieder nach Berlin zur bundesweiten Demo **Wir haben es satt!**, denn gutes Essen braucht Zukunft. Alle Infos hier.

Aktionsgemeinschaft Agrarwende Nordhessen e.V.
Newsletter

Nr. 12 / Dezember 2023

Aus Presse und Web

Bayer muss zahlen

Bayer muss in den USA mehr als 1,5 Milliarden Dollar zahlen, urteilte ein Geschworenengericht, weil Krebserkrankungen von Klägern auf das glyphosathaltige Unkrautvernichtungsmittel Roundup zurückzuführen seien. Der Konzern will dagegen Rechtsmittel einlegen, berichtet die Süddeutsche Zeitung online.

Gutes Essen reicht völlig

„Teuer und unnötig“ überschreibt foodwatch einen Markt-Check zu sogenannten Protein-Lebensmitteln. Die Lebensmittelindustrie nutzt den Fitnesstrend aus und dreht Verbraucher*innen völlig überteuerte Produkte an. Das zugesetzte Proteinpulver könne problemlos über eine ausgewogene Ernährung erreicht werden. Nicht nur, aber auch über Linsengerichte (siehe Seite 1).

Naturschutz- statt Flächenprämien

Sogar im Tatort war es schon Thema: Viele Milliarden Euro fließen alljährlich auch Unternehmen und Investoren zu, wenn sie über landwirtschaftliche Flächen verfügen. Deutschlands größte Umweltorganisationen haben jetzt verlangt, dass es EU-Agrarsubventionen nur noch gibt für Natur-, Klima- oder Tierschutz. 2028 will die EU neue Regeln in Kraft setzen. Deshalb gilt es jetzt, Veränderungen zu fordern, schreibt die taz unter der Überschrift „Staatsknete für Umweltleistungen“.

Bauernverband gegen EU-Beitritt der Ukraine

Obwohl längst nicht alle Kriterien für einen EU-Beitritt der Ukraine erfüllt sind, hat die EU-Kommission die Aufnahme von Verhandlungen empfohlen. Das allerdings hätte Konsequenzen für die Agrarförderung. Die riesigen Flächen in dem Agrarland würde bedeuten, dass landwirtschaftliche Unternehmen dort zu den Hauptempfängern der Agrarsubventionen gehören würden.

Damit fiele dem Deutschen Bauernverband die eigene Forderung auf die Füße, Flächensubventionen ähnlich wie bisher beizubehalten. Im Gegensatz dazu plädieren die großen Umweltschutzorganisationen, endlich Natur-, Klima- und Tierschutz zu bezuschussen (siehe letzten Linktipp).

Welche Maßnahmen der Bauernverband noch einführen möchte, findet sich in einem weiteren taz-Beitrag.